

# DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 21 September 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wuppertal schreibt rote Zahlen, die Stadt steht unter Haushaltssicherung und darf praktisch keinen Euro ausgeben, der nicht von der Bezirksregierung genehmigt wurde. Das Recht der Selbstverwaltung ist mithin unerträglich ausgehöhlt.

Und mittendrin in dieser allgemeinen Not streitet die CDU-Fraktion jetzt deshalb, weil plötzlich zu viel Geld da ist. Wie kann das angehen? Jede Fraktion erhält im Jahr 40000 € als Basisbetrag, hinzu kommen pro Stadtverordneter bzw. Stadtverordnetem 20000 € bzw. 7000 €. DIE LINKE beispielsweise hat jährlich also 120000 €, mit denen sie wirtschaften muss. Wohlgemerkt: einschließlich der Gehälter für Angestellte. Die CDU-Fraktion bezog vor der Abspaltung immerhin 475000 € jährlich, also etwa das Vierfache der Mittel, welche DIE LINKE hat.

Werden diese Gelder nicht verbraucht, müssen sie an die Stadtverwaltung zurückgegeben werden, nur höchstens ein Drittel der Zuwendungen darf die Fraktion behalten. Entweder also hat die CDU-Fraktion die jetzt umstrittenen 269000 € über mehrere Jahre angespart, dann könnte es eigentlich keinen Grund für einen Streit geben. Oder aber im Jahr 2010 wurde „vergessen“, Geld an die Stadtverwaltung zurückzugeben. (Kann ja mal passieren, dass man 269000 € übersieht.)

Warum dann allerdings der verantwortliche Kassenprüfer die CDU-Fraktion prompt verließ, nachdem er die Finanzen seiner Fraktion geprüft hat, bleibt bislang noch sein Geheimnis.

Wir wollen hier nicht spekulieren. Tatsache ist aber: In einer hochverschuldeten Stadt sitzt eine gut dotierte Fraktion auf Geldern, die sie zum größten Teil längst der Stadtkasse hätte zurückgeben müssen. Und das finden wir umso schlimmer, als gerade diese Fraktion Vorreiter bei Sparhaushalten zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.

Wir werden an dieser Stelle in den nächsten Ausgaben der Zeitung über die weitere Entwicklung in dieser Sache berichten.

Herzliche Grüße – Die Redaktion



## Sozialticket jetzt!

### Wuppertaler SPD und CDU verweigern Sozialticket

Die LINKE im Rat fragt, der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Bernhard Sander, antwortet.

#### Wuppertal ist überschuldet – wie soll die Stadt ein Sozialticket bezahlen können?

Sozialpolitik ist Landespolitik. Der Landeszuschuss muss erhöht werden, damit das Geld zur Einführung des Tickets in allen Städten reicht. Wenn der SPD-Finanzminister Milliarden bereitstellen kann, um die Ansprüche der Banker

an die WestLB zu erfüllen, dann kann er auch ausreichende Mittel für ein Sozialticket zur Verfügung stellen. Der zuständige Minister hat erklärt, dass auch verschuldete Städte am VRR-Modellversuch teilnehmen können. Die Stadtspitze von SPD und CDU handelt sozial ungerecht. Wenn im überschuldeten Wuppertal die 48000 Hartz-IV-Bezieher kein Sozialticket bekommen und im schuldenfreien Düsseldorf doch, dann verstoßen sie gegen das Gebot gleicher Lebensverhältnisse im Grundgesetz. DIE LINKE im Rat fordert die sofortige Einführung des Sozialtickets in Wuppertal und hat für die Ratssitzung am 10. Oktober einen solchen Antrag gestellt.

#### Der öffentliche Personennahverkehr wird ja subventioniert. Das Sozialticket würde die WSW doch noch mehr belasten?

Stimmt und stimmt nicht. Die Preise bei WSW werden wegen der hohen Investitionen für das Großkraftwerk von WSW/GdF in Wilhelmshaven erhöht und nicht wegen des Sozialtickets. Bisher konnten die öffentlichen Stadtwerke die Verluste bei Bus und Schwebelbahn immer intern ausgleichen. Jetzt müssen erstmalig Millionen an den kapitalistischen Mitbesitzer GdF-Suez abgeführt werden.

#### Viele kritisieren das geplante Sozialticket von 29,90 € als nicht sozial und nicht gerecht. Es ist doch für GeringverdienerInnen und Hartz-IV-BezieherInnen noch viel zu teuer?

Stimmt, da viele Hartz-IV-BezieherInnen sich auch ein Sozialticket zu diesem Preis nicht leisten können werden. Der bisher angepeilte Preis für das Sozialticket liegt immer noch deutlich über der Pauschale, die in der Hartz-Berechnung angesetzt ist. Ein wirkliches Sozialticket darf aber nicht teurer sein, als im Existenzminimum angesetzt. Auch die anderen Berechtigten, die wirtschaftliche Leistungen für junge Erwachsene vom Jugendamt oder Wohngeld beziehen, die Grundsicherung oder andere Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, können den Betrag von 29,90 € monatlich schwer aufbringen. DIE LINKE fordert deshalb eine zügige Preissenkung auf 15 €.

#### Glaubt Ihr, dass Euer Antrag durchkommt?

In Wuppertal sind sich SPD und CDU in der Ablehnung des Sozialtickets einig. Aber in der VRR-Verbandsversammlung hat der Wuppertaler CDU-Fraktionsvorsitzende Simon für das Sozialticket gestimmt. In Wuppertal will man darüber lieber nicht reden. Auf das Abstimmungsverhalten der anderen sind wir natürlich gespannt und werden in der nächsten Ausgabe darüber berichten. ■

**Vorstandsbezüge steigen, Sozialticket wird abgelehnt**  
**Kappes statt Goethe – Schluss mit der Hängepartie**  
**Der rote Faden Nr. 32**

**Seite 2**  
**Seite 3**  
**Seite 4**

## Wir wuppen das: Vorstandsbezüge steigen, Löhne der Beschäftigten bleiben niedrig, Sozialticket wird abgelehnt

Die Aufsichtsratssitzungen der WSW und anderer städtischer Betriebe sind nicht öffentlich, d.h. es ist den Aufsichtsratsmitgliedern verboten, das dort Behandelte in die Öffentlichkeit zu tragen. Bei Zuwiderhandlung läuft man Gefahr, vor den Kadi gezerrt zu werden. Aus diesem Grund sind wir der WZ dankbar,\* dass sie über eine beschlossene Erhöhung der Bezüge der Vorstandsmitglieder berichtet hat, zu der die WSW keinen Kommentar abgeben wollten. Außerdem berichtete die WZ, dass nur der Vertreter der LINKEN gegen die Erhöhung der Bezüge gestimmt hat. Dies wiederum wollen wir nicht dementieren.

Es mag sein, dass die beschlossene Höhe der Bezüge zu den Bezügen vergleichbarer Vorstände passt. DIE LINKE ist allerdings der Auffassung, dass die Bezüge der Manager

in unserem Land ohnehin zu hoch sind. Sie sind in den letzten Jahrzehnten explosionsartig gestiegen, während die Entgelte „normaler“ Beschäftigter real gesunken sind. So sind heute BusfahrerInnen in der Regel nicht mehr bei den WSW beschäftigt, sondern bei Tochterunternehmen (VSG, WVG ehemals G. Klingenfuß) zu deutlich abgesenkten Tarifen. Für sie sind selbst die Entgelte, die bei der „WSW mobil“ gezahlt werden, unerreichbar. Diese negative Entgeltentwicklung wird vom Unternehmen und von der Stadtspitze als alternativlos dargestellt. Bei BusfahrerInnen Löhne senken, bei den Vorstandsbezügen zulegen – dazu sagen wir NEIN. Solche Entscheidungen führen dazu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Pikanterweise wurde in der gleichen Sitzung

die Einführung eines Sozialtickets abgelehnt, weil dafür kein Geld da ist.

Auch ist es skandalös, dass die Höhe der Bezüge geheim gehalten wird. Die Bezüge der Vorstände der DAX-Unternehmen sind bekannt – die Bezüge in einem kommunalen Unternehmen sind geheim. Ein Unding. Um diesem Missstand abzuwehren, hat die Ratsfraktion DIE LINKE schon 2008 einen Antrag eingebracht, um Transparenz in kommunalen Unternehmen herzustellen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Im übrigen auch von der WfW, die heute an der Erhöhung der Bezüge massive Kritik äußert.

\* Wir sind der WZ nicht dankbar dafür, dass sie Pressemitteilungen unserer Ratsfraktion in der Regel ignoriert. ■

### Chaos und/oder gezielte Desinformation

**Es kommt nicht an – das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder**

Weder Plakat- und Anzeigenaktionen noch die pinkfarbene Schwebebahn werden das Paket an die EmpfängerInnen liefern können. Bisher stellen zu wenige Eltern Anträge für Leistungen aus dem Topf für Bildung und Teilhabe, so der Sozialdezernent der Stadt. Die bisherige Praxis zeigt aber einen riesigen Bürokratieaufwand, zu wenig Personal zur Antragsbearbeitung, unklare Ausführungsbestimmungen und daraus resultierend wenig Aufklärung über das Leistungsangebot und Bewilligungen.

Beim Arbeitslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles haben die BeraterInnen des Öfteren Eltern/Elternteile in der Beratung, welche die Anträge abgegeben haben, jedoch noch keine Rückmeldung erhalten. Die meisten der Eltern, die dann beim Jobcenter bzgl. der Bearbeitung ihrer Anträge gezielt nachgefragt haben, bekamen meist – ohne Angabe von Gründen – zur Antwort, dass die Anträge nicht durchkommen würden. Von den großartigen Ankündigungen, man werde das Paket schnell und großzügig gewähren, ist bei den Betroffenen nichts zu spüren.

Wenn das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht abgerufen wird, verbleibt es in der öffentlichen Hand, und das darf nicht geschehen. Das Geld muss die Kinder erreichen. Die Stadt muss das Beratungsangebot für Eltern und Vereine schnell verbessern. DIE LINKE im Rat sieht aber auch deutlich, dass sich einige Eltern der Diskriminierung als Bedürftige nicht aussetzen wollen, und hält an ihrer grundsätzlichen Kritik fest: Das Bildungs- und Teilhabepaket erfüllt nicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Für Kinder aus SGB II-Bezugsfamilien muss es eine Erhöhung des Regelsatzes geben! So lange, bis die Hartz-IV-Gesetze wieder abgeschafft sind. ■



### Über die Wupper ...

Im Juli 2009 hatten sich MitbürgerInnen der Stadt Wuppertal gegen den Abriss der Adlerbrücke gewehrt und nach einem Gespräch mit einem Vertreter der Stadt, dem Beigeordneten Frank Meyer, beschlossen, dass die Adlerbrücke zu erhalten ist. Eine Interessengemeinschaft wurde gegründet, da der Adlerbrücke ein hoher Denkmalwert beizumessen ist. Die 1868 erbaute Brücke ist die älteste Stahlbrücke Wuppertals und somit ein wichtiges Zeugnis der städtebaulichen Entwicklung Barmens. Vor fast zwei Jahren ist die Brücke in die Denkmalliste der Stadt eingetragen worden. Die Sanierungskosten belaufen sich nach den ersten Gutachten bei einer Light-Sanierung auf 180.000 €. Dabei würden lediglich die tragenden Eisenkonstruktionen und die hölzerne Deckfläche erneuert und die Brücke als reiner Fußgängerüberweg genutzt. Ein Bescheid, ob und in welcher Höhe ein Zuschuss der Denkmalschutz-Behörde gewährleistet wird, ist erst im Spätherbst 2011 zu erwarten. Allerdings kann auch eine Sanierung nur

dann erfolgen, wenn die BürgerInnen durch Spenden (ca. 60.000 €) den Eigenanteil der Stadt Wuppertal aufbringen. Ansonsten bliebe nur noch das Szenario eines Abrisses.

Den Abriss der Adlerbrücke lehnt die Fraktion DIE LINKE entschieden ab. Aus gutem Grund hat die Adlerbrücke 142 Jahre lang bestanden und ihre Funktion erfüllt.

Ebenso wie die zahlreichen Treppen bestimmen auch die Wupperbrücken das Stadtbild Wuppertals, und ebenso wie die Treppen sind auch die Brücken in der jüngeren Vergangenheit vernachlässigt worden und werden es noch. Zur Zeit sind in Barmen zudem noch die Brücken in Höhe Ibachstraße, Unterdörnen und an der Clefbrücke gesperrt.

Diese Vernachlässigung zeigt erneut die Auswirkungen des Totsparens der Kommunen. Es geht an die Grundlagen der Infrastruktur. Es ist Pflicht, sich zu wehren, damit eine Stadt erhalten bleibt, in der man leben kann. ■



# Kappes statt Goethe?!

## Schluss mit der Hängepartie – Eine Stadt braucht Kultur!

Haushaltssicherung heißt das Wort, mit dem die Stadtspitze Streichungen schönredet. Der Oberbürgermeister versucht überall zu streichen: Jugendeinrichtungen, Bäder, Bürgerbüros, Theater und so weiter. Viele in der Stadt lassen sich darauf ein, die eine Kürzung hinzunehmen, um etwas anderes zu „retten“. Aber mit „Retten“ ist nichts: Sobald die Steuereinnahmen des Staates und der Stadt wieder sinken, steht die nächste Streichung an. Daher ist es Unsinn, das Theater preiszugeben, um das Orchester zu retten oder eine andere städtische Einrichtung oder umgekehrt.

Auf dem Streichungsplan der Stadtspitze stehen der Zuschuss für das Sprechtheater, die Schließung des Schauspielhauses und die Fusion der beiden bergischen Orchester ziemlich oben. Aber sie trauen sich noch nicht: 35 000 Unter-

schriften gegen die Theaterschließung könnten 35 000 WutbürgerInnen werden. Wollen die BürgerInnen auf ein nahes Kulturangebot verzichten oder wollen sie den pompösen Bahnhofsvorplatz, den sich Oberbürgermeister Jung für den eigenen Nachruhm spendiert?

Das Orchester gibt Hunderte von Stunden Familienkonzerte und zusätzlichen Musikunterricht. Das Sprechtheater bietet mit seinen Stücken der Stadtgesellschaft an, über das Zusammenleben nachzudenken. Büchereien öffnen den Zugang zum Wissen der Menschheit – unabhängig vom Geldbeutel. Kultur ist für den einen Teil der BürgerInnen dieser Stadt genauso wichtig, wie die Jugendeinrichtung, das Schwimmbad oder die Drogenberatung für einen anderen Teil der EinwohnerInnen unverzichtbar sind – deshalb muss beides auskömmlich finanziert werden. DIE LINKE ist gegen

jede Form der Streichung in den öffentlichen Dienstleistungen – egal ob Kultur, Soziales oder Sport.

Kann man das Schauspielhaus anders nutzen und so für die SchauspielerInnen und die BesucherInnen retten? Der Kulturdezernent ließ allerhand abwegige Spinnereien auf eine Leinwand projizieren (Urban Gardening: „Kappes statt Goethe“?!). Doch die vertretenen BürgerInnen halten an ihrem Schauspielhaus und an ihrem Sprechtheater fest. Die Forderung an die Kulturverwaltung lautet weiterhin: Haltet das Haus für Kultur, für Schauspiel und Tanztheater offen! Mobilisiert das Geld der Wohlhabenden für den Erhalt des Schauspielhauses!

Das Orchester Wuppertals ist ebenfalls bedroht, obwohl für jedes Konzert Tausende teure Eintrittskarten kaufen. Aus Unternehmen kennt man die Unsitte, durch Fusion könne man Kosten sparen und Profite sichern. Aber die zwei Orchester der drei bergischen Städte sind keine Gewinnmaschinen. Und das Zusammenschmeißen der beiden Orchester würde in den nächsten Jahren nur zusätzliches Geld kosten. Es ist in diesem Falle mal gut, dass die Landesregierung einen Zuschuss für diese Mehrkosten vorläufig verweigert. Da hat der Oberbürgermeister Jung auch in einem Spitzengespräch mit der Ministerin nichts erreicht. In Wuppertal schickt der Oberbürgermeister mit dem Kämmerer einen Mann aus der dritten Reihe nach vorn, um die Hängepartie als „gutes Ergebnis“ schön zu reden. In Solingen ist die Ratsmehrheit – mit der Zustimmung der LINKEN – schon einen Schritt weiter: Man will die Pläne vom Tisch nehmen. Besser wäre das ...



## Die Menschenwürde bleibt auf der Strecke

### Jugendarbeit darf nicht nur eine lästige Pflicht sein!

Jugendzentren und Spielplätze sind durch den Nothaushalt in Wuppertal gefährdet. Es gibt weniger Stellen, so dass die Öffnungszeiten erheblich eingeschränkt werden müssen. Eröffnet wurde stattdessen allerdings ein Jugendgefängnis in Wuppertal. Die Zuschüsse an „Freie“ Träger von Betreuungsmaßnahmen sind seit langem eingefroren. Dies heißt, dass die Zuschüsse de facto geringer geworden sind, weil die Kosten anstiegen. Der Kämmerer dazu: Jugendarbeit und die Versorgung von arbeitslosen Menschen, wozu auch eine Beschäftigung gehört, sind zwar Pflichtaufgaben der Stadt. Der Umfang dieser Pflichtaufgaben ist jedoch nicht geregelt, so dass hier gespart und gekürzt werden kann, ohne gegen Gesetze zu verstoßen.

Geflissentlich übersehen wird hierbei, dass die Quittung für eine Vernachlässigung dieser Aufgaben in absehbarer Zeit vorgelegt werden wird: Freizeitgestaltung, Hausaufgabenhilfe und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt Probleme haben, sind keine Geschenke, sondern sie sind notwendig, um Menschen in schwierigen Situationen wenigstens halbwegs ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. Wer ein solches Leben nicht kennenlernt, wird auch keine Möglichkeiten kennenlernen, seinerseits etwas zum Leben in der Gemeinschaft beizutragen. Das Wissen, abgeschrieben zu sein, führt aber nicht selten dazu, dass der Ausweg in Drogen, Alkohol und in kriminellem Verhalten gesucht wird. Wenn also heute an Betreuungs- und Ansprechmöglichkeiten für Menschen mit Problemen gespart wird, werden morgen Kosten aufgewendet werden müssen, um die Folgen von Drogen- und Alkoholmissbrauch aufzuarbeiten, um

kriminell Verhalten, durch das Menschen geschädigt werden, zu begegnen.

Dies halten wir für den schlechtesten Weg, den eine Kommune in Geldnöten nehmen kann. Aber der Hintergedanke der Stadtverwaltung: Solche Folgekosten tragen das Land NRW und dessen Einrichtungen, nicht aber die Kommunen. Praktisch: Der Mensch wird Manövriermasse sogenannter „betriebswirtschaftlicher“ Überlegungen.

Die Menschenwürde bleibt auf der Strecke! ■

#### Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal, Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel. u. Fax: 0202 563-6677  
[www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de](http://www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de)  
 E-Mail: [ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de](mailto:ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de)  
 MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Ralf Haarhaus, Hartmut Kissing, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski  
 Redaktionsschluss: 12.9.2011  
 Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
 Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

# Der „Schulfrieden“ – rückwärtsgewandt und undemokratisch

Am 19. Juli 2011 wurde der „Schulfrieden“ von SPD, Grünen und CDU verkündet. Von Schulkonsens ist die Rede, aber in Wirklichkeit wird das undemokratische, gegliederte und aussondernde Schulsystem zementiert – und die Wuppertaler Eltern werden dadurch nicht einen einzigen Gesamtschulplatz mehr bekommen!



## Die Verfassungsänderung: Streit zwischen Kommunen programmiert

Während bisher in allen Kommunen eine Hauptschule erreichbar vorgehalten werden musste, müssen nun ALLE Schulformen (Gymnasium, Realschule, Hauptschule, Förderschule, Sekundarschule, Gesamtschule, Berufskolleg) von der Kommune zur Verfügung gestellt werden.

## Neues Schulgesetz: Sekundarschule = kleine Gesamtschule, aber nicht für Wuppertal

Die Gemeinschaftsschule, die mit viel Lob insbesondere in den ländlichen Regionen gestartet war und Kindern mit Real-, Hauptschul- und Gymnasialempfehlung ein gemeinsames Lernen mit individueller Förderung bis zur 10. Klasse ermöglichte, soll nun „Sekundarschule“ heißen und als 5. Schulform neben Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule ins Schulgesetz kommen. Von der Sekundarschule soll es wiederum mehrere Unterarten geben. Das führt zu einer weiteren Zergliederung des Schulsystems. Während andere Bundesländer in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulformen reduziert haben, beschreitet NRW damit einen völlig unsinnigen Sonderweg. Wie der Beigeordnete der Stadt Wuppertal, Herr Nocke, bereits angesagt hat, wird sich dadurch in Wuppertal NICHTS verändern!

## Grüne und SPD brechen nun ihre Wahlversprechen mit dem schulpolitischen Konsens:

- Es gibt kein Recht auf einen Platz in der Sekundarschule oder Gesamtschule!
- Der Elternwille muss nicht eingeholt werden!
- Stadträte wie in Wuppertal können weiterhin die Wünsche der Eltern (gemeinsames Lernen aller Kinder bis Klasse 10) ignorieren!

## Was unterscheidet eine „Sekundarschule“ von einer Gesamtschule?

- Keine eigene Oberstufe, selbst dann nicht, wenn genügend Schüler/innen die Qualifikation erreichen. Demgegenüber darf jedes Gymnasium 3zünftig eine eigene Oberstufe anbieten!
- Steigen die Anmeldezahlen von einer 3zügigen auf eine 4zügige Sekundarschule, dann muss die Schule neu gegründet werden – als Gesamtschule, dann auch mit Oberstufe!

Soll das noch jemand verstehen?

Dabei bestand die Kritik der Kommunen in der Bildungskonferenz insbesondere darin, dass sie eine Schulform vorhalten sollen, in die keiner mehr gehen will. Daher empfahl die Bildungskonferenz, dass „der Verfassungswirklichkeit Rechnung zu tragen“ sei und „die institutionelle Gewährleistung der Volksschule gemäß Artikel 12 Absatz 1 Landesverfassung NRW zu überprüfen“ ist. Diese geplante Verfassungsänderung feiert die CDU mit Recht als Erfolg. Die restriktive und dirigistische Schulpolitik unter Rüttgers wird nun mit Hilfe von SPD und Grünen mit dem sogenannten „Schulpolitischen Konsens“ weiterbetrieben. Wenn die CDU den Eltern nicht mehr vorschreiben kann, auf welche Schule deren Kinder zu gehen haben, dann schreibt man eben den Kommunen vor, welche Schulen sie einzurichten haben. Letztlich provoziert eine solche Verfassungsänderung Rechtsstreitigkeiten zwischen den Kommunen um Schulstandorte. Wuppertal muss demnach alle Schularten vorhalten – ob die Eltern ihre Kinder dort anmelden oder nicht. So werden dann weiterhin die Plätze an den Gesamtschulen knapp gehalten, um die Haupt- und Realschulen „aufzufüllen“.

Gunhild Böth

MdL und Vizepräsidentin des Landtags NRW

## Sommerfest des Kreisverbands DIE LINKE

Unser diesjähriges Sommerfest am 23. Juli 2011 fand bei gemischtem Wetter, aber guter Laune in der Färberei am Stennert statt. Gäste aus den benachbarten Kreisverbänden, aus dem Landtag, viele Bürgerinnen und Bürger trafen sich und erlebten zusammen einen unterhaltsamen Nachmittag.

Viel Freude bereitete für die Kinder „Trine“, die mit einem bunten Programm durch den Nachmittag führte. Benjamin Eisenberg stellte dann abends sein neues kabarettistisches Bühnenprogramm vor, das für sehr viel Erheiterung sorgte. Abgerundet wurde der Abend durch fetzigen Rock unseres Genossen Karl Hundsdörfer und den spontanen Beitrag eines Besuchers. Ein gelungenes Fest für alle Besucherinnen und Besucher.



## ‘mal Reinhören, mitreden, mitwirken

# DIE LINKE.

- Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial
- Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift: \_\_\_\_\_

einsenden an:

Die LINKE, Kreisverband, c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105 Wuppertal, [www.dielinke-wuppertal.de](http://www.dielinke-wuppertal.de)